

**Niederschrift der 14. Ratssitzung vom 12.11.2015**

**Ort:** Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33

**Tag:** 12.11.2015

**Beginn:** 16:00 Uhr

**Ende:** 20:30 Uhr

**Anwesenheit:** Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann und 30 Stadträte

Herr Thomas Klaube CDU  
Herr Udo Lucas CDU  
Frau Regine Römmisch CDU  
Herr Volker Schachtel CDU  
Herr Holger Scholz CDU  
Herr Andreas Skrypek CDU  
Frau Regina Stahlhacke CDU  
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Holger Hüttel DIE LINKE.  
Frau Eva-Maria Kotzur DIE LINKE.  
Herr Klaus Kotzur DIE LINKE.  
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.  
Herr Günter Prause DIE LINKE.  
Frau Karoline Spröte DIE LINKE.

Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm B.I.S. / FBM  
Herr Mike Bösel B.I.S. / FBM  
Frau Gesine Liesong B.I.S. / FBM  
Herr Klaus Peche B.I.S. / FBM  
Herr Raik Polster B.I.S. / FBM

Herr Siegmund Hecker BOS  
Herr Volker Kinne BOS  
Herr Bert Mrozik BOS  
Herr Helmut Schmidt BOS  
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Frau Christine Block SPD / DIE GRÜNEN  
Herr Norbert Jung SPD / DIE GRÜNEN  
Herr Arndt Kemesies SPD / DIE GRÜNEN  
Frau Antje Rödiger SPD / DIE GRÜNEN

Herr Harald Oster FDP

Herr Harald Koch fraktionslos

**entschuldigt fehlten:** Herr André Schröder CDU  
Frau Daniela Hahn DIE LINKE.  
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.

**verspätet erschienen:** Frau Monika Rauhut BOS 16:10 Uhr  
Herr André Reick B.I.S. / FBM 16:15 Uhr  
Herr Udo Schwarz FDP 16:45 Uhr

**vorzeitiges Verlassen:** Herr Günter Prause DIE LINKE. 18:40 Uhr  
Herr Norbert Jung SPD / DIE GRÜNEN 18:40 Uhr  
Frau Christine Kümmel DIE LINKE. 19:00 Uhr

**sachkundige Einwohner:** Herr Peter Dietrich  
Herr Uwe Görlich  
Herr Karl-Heinz Mehmel  
Herr Mario Pastrik  
Herr Helmut Qual  
Frau Ilona Poschmann  
Herr Tim Schultze  
Herr Ringo Siebert

**stellv. Ortsbürgermeister:** Herr Helmut Hahnas OT Obersdorf

**Stadtverwaltung:** Herr Jens Schuster Fachbereichsleiter Zentrale  
Dienste und Finanzen  
Herr Torsten Schweiger Fachbereichsleiter  
Stadtentwicklung und Bauen  
Herr Udo Michael Fachbereichsleiter Bürgerservice  
Frau Marina Becker Referentin Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit,  
Städtepartnerschaften  
Frau Karin Schiller Ratsbüro  
Frau Simone Jung Ratsbüro

**Tagungsleitung:** Herr Andreas Skrypek Vorsitzender des Stadtrates

#### **Tagesordnung gemäß Einladung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
  - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 11. Ratssitzung vom 09.07.2015
  - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 12. Ratssitzung vom 24.09.2015
  - 3.3 Genehmigung der Niederschrift der 13. Ratssitzung (Sonderratssitzung) vom 15.10.2015
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
  - 6.1 Berufung des Ortswehrleiters und stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehren Großleinungen und Horla innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
  - 6.2 1. Lesung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 der Stadt Sangerhausen
  - 6.3 8. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019 der Stadt Sangerhausen
  - 6.4 Resolution "Atomwaffen in Büchel nicht modernisieren, sondern abschaffen!"

- 6.5 Betrauungsakt für die Standortmarketinggesellschaft Mansfeld-Südharz GmbH
- 6.6 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen nach Widerspruch des Oberbürgermeisters
- 6.7 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 (1) KVG LSA in Höhe von 86.000,00 € für den städtebaulichen Denkmalschutz (Produkt 51100100, Sachkonto 09110000)
- 6.8 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 130.000,00 € für den Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Gewerbegebietes "An der Wasserschluff"
- 6.9 Aufstellungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 38 "Sondergebiet Solarkraftwerk Tonlöcher am Brühl"
- 6.10 Änderung des Beschlusses Nr. 3-10/15 vom 11.06.2015 "Genehmigung einer Mehrauszahlung gemäß § 104 des KVG LSA für die Errichtung einer Wasserfassung zur Vermeidung von Überflutungen in der OD Wolfsberg in Höhe von 45.815,00 €"
- 7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
- 7.1 Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2014
- 7.2 Konzept zur Jugendarbeit in der Stadt Sangerhausen - 1. Entwurf
- 8. Beratungsgegenstand in nichtöffentlicher Sitzung**
- 8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

## **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 14. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

**Beschlussfähigkeit:** Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 30 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

**Öffentlichkeit:** Die TOP 1. - 7.2 und 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.  
Die TOP 8. - 8.1 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

## **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

*Die Verwaltung schlägt vor:*

Den **TOP 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 11. Ratssitzung vom 09.07.2015**

und **TOP 6.6 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen nach Widerspruch des Oberbürgermeisters**

von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Poschmann begründet zum TOP 3.1, dass die Niederschrift wegen Erstellungsproblemen noch nicht fertiggestellt werden konnte. Zum TOP 6.6 betont er, dass er mit der Behandlung der Vorlage nicht den Widerspruch zurückzieht. In der Dezembersitzung soll sich der Rat mit der Kalkulation auseinandersetzen. Voraussichtlich folgt die Beratung der Gebührensatzung in der ersten Sitzung im neuen Jahr.

Herr Skrypek teilt mit, dass der TOP 6.1 vorgezogen und die Beratung der Vorlagen der TOP 6.2 und 6.3 in umgekehrter Reihenfolge erfolgen wird.

### **Abstimmung über die geänderte Tagesordnung**

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

16:10 Uhr  
Frau Rauhut kommt = 32

### **• Information aus dem Finanzausschuss**

Als neue stellvertretende Ausschussvorsitzende wurde Frau Monika Rauhut (BOS-Fraktion) gewählt.

## **3. Genehmigung von Niederschriften**

### **3.1 Genehmigung der Niederschrift der 11. Ratssitzung vom 09.07.2015**

*Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.*

### **3.2 Genehmigung der Niederschrift der 12. Ratssitzung vom 24.09.2015**

#### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	2

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

### **3.3 Genehmigung der Niederschrift der 13. Ratssitzung (Sonderratssitzung) vom 15.10.2015**

#### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

## **6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **6.1 Berufung des Ortswehrleiters und stellvertretenden Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehren Großleinungen und Horla innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit**

*Herr Michael* begründet die Beschlussvorlage. Die beiden Kameraden aus Horla können leider nicht anwesend sein. In diesem Fall wird die Aushändigung der Urkunden zur Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit durch den Oberbürgermeister im Rathaus nachgeholt.

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Die Ortschaftsräte von Großleinungen und Horla stimmten der Vorlage zu.**

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 12.11.2015*

- *Herr Heiko Aderhold zum Ortswehrleiter Großleinungen für den Zeitraum von sechs Jahren,*
- *Herr Mario Munzert zum stellvertretenden Ortswehrleiter Großleinungen für den Zeitraum von sechs Jahren,*
- *Herr Joachim Reiche zum Ortswehrleiter Horla bis zum Eintritt der Altersgrenze,*
- *Herr Marcus Reiche zum stellvertretenden Ortswehrleiter Horla für den Zeitraum von sechs Jahren,*

*in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen werden.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	33
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-14/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

*Herr Poschmann* beruft Herrn Heiko Aderhold zum Ortswehrleiter Großleinungen und Herrn Mario Munzert zum stellvertretenden Ortswehrleiter Großleinungen, jeweils für den Zeitraum von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit, nachdem diese den Amtseid gesprochen haben. Er händigt die Urkunden aus. Herr Skrypek und Herr Michael schließen sich den Glückwünschen an.

#### **4. Bericht des Oberbürgermeisters**

*Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 13.11.2015 zugeschickt.*

#### **5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

##### **Anfrage der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM-Fraktion**

*Frau Liesong fragt in Hinsicht auf die steigende Zahl der Flüchtlinge, was aus dem Plan geworden ist, das Gebäude in der Lengfelder Straße (ehem. AZV) umzubauen bzw. einzurichten. Dort ist bisher nichts passiert.*

##### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann antwortet, dass der Plan noch steht. Gerade in dieser Woche wurden diesbezüglich Gespräche geführt. Es ist ärgerlich, dass sich das so lange hinzieht. Der Verkauf sollte schon längst abgewickelt sein, denn beim Wasserverband wurden die Beschlüsse dazu, schon vor einiger Zeit gefasst. Nachdem der Käufer abgesprungen war, hat er versucht, den Zweckverband zur Vermietung zu bringen. In der Zwischenzeit hat sich ein neuer Interessent gefunden. Hoffentlich kommt es jetzt dazu, dass dieses Grundstück mit genutzt wird. Vor einem Jahr fand eine Begehung, gemeinsam mit dem Landkreis statt. Es ist bedauerlich, dass es noch nicht so weit gekommen ist. Es wird jede Kapazität gebraucht und die Stadt unterstützt dort, wo sie kann.*

##### **Anfragen des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr Kotzur bedankt sich für die Aussagen zur Flüchtlingsproblematik in der Stadt und für die Veranstaltung am vergangenen Dienstag. Der Kommentar in der heutigen Ausgabe der MZ hat einiges deutlich gemacht.*

*In Bezug auf die Ausführungen zum Sachsen-Anhalt-Tag ergeben sich für ihn, bei all den bereits geklärten organisatorischen Dingen, Fragen. Inwieweit werden die Wohngebiete einbezogen, die auch die Stadt ausmachen? Er macht auch darauf aufmerksam, dass traditionell zu diesem Zeitpunkt das Kobermännchenfest und die Ladehebung der Bergleute stattfindet. Die Historie des Bergbaus ist prägend für die Entwicklung der Stadt und der Umgebung. Aus diesem Grund sollte eine solche Tradition in den Sachsen-Anhalt-Tag integriert und nicht außen vor gelassen werden.*

##### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann verweist darauf, dass dieses Detail noch abschließend zu klären ist. Die Ladehebung findet am Freitag, dem 09.09. statt. Den Termin kann man sich nicht aussuchen, da an diesem Tag der Schatten auf die Lade fällt. Das wird stattfinden und sicher vom Team des Sachsen-Anhalt-Tages begleitet. Aus Sicherheitsgründen wird eine Ausweitung des Festgebietes auf die Wohngebiete, nicht gelingen. Man muss z.B. Rundläufe organisieren und Sackgassen vermeiden. Es wird mit 150.000 Besuchern an diesem Wochenende gerechnet. Das Team verlässt sich dabei auf die Aussagen der Berater, was das Sicherheitskonzept angeht. Eine Ausdehnung bis zur Westsiedlung würde zusätzlich eine Einschränkung des Transfers/ Pendelverkehrs bedeuten. Nach wie vor soll der Bahnhof angefahren werden können und die Scharfe Ecke soll ebenso für die Anfahrt von Bussen offen bleiben. Das Kobermännchenfest wird sich auf die traditionellen Bereiche Göpenstraße und Bahnhofstraße bis zur Marienanlage hin, begrenzen müssen. Eventuell wird ein Teil der Magdeburger- und der Rudolf-Breitscheid-Straße einbezogen. Die Kyliche Straße punktuell (Festumzug). Das muss noch besprochen werden. Das Rosarium soll nicht ins Festgebiet integriert werden, aber es wird geöffnet und die Oase der Erholung sein. Der Eintritt ist im Festpreis enthalten. Es sind noch einige Fragen (u.a. Polizeiorchester) zu klären.*

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kinne, BOS-Fraktion**

*Herr Kinne* weist auf die Ausführungen zum Winterdienst im OB-Bericht hin. Dort wurde gesagt, dass zur Thematik etwas in den Sangerhäuser Nachrichten erscheint. In seiner Ortschaft Grillenberg gibt es diesbezüglich viele Anfragen und unterschiedliche Meinungen. Er schlägt vor, dass die Verantwortlichkeit der Bürger, noch einmal in komprimierter Form aufgezeigt wird. Dabei geht es vor allem um die wechselseitige Verantwortung für den Winterdienst bei einseitigen Fußwegen. Gerade hier gibt es unterschiedliche Meinungen.

### **Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* macht den Vorschlag, den Text mit diesem Hinweis zu ergänzen.

### **Anfrage des Stadtrates Herrn Koch, fraktionslos**

*Herr Koch* spricht zum Thema Baumaßnahmen an der B 86. Er musste feststellen, dass sich von Anfang Oktober, bis jetzt, diese Maßnahme hinzieht. Detailliert führt er aus, dass zwischen den einzelnen Abschnitten unwahrscheinlich lange Pausen stattfanden. Er möchte wissen, ob die lange Dauer mit der Stadt abgestimmt ist.

### **Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* merkt an, dass über einen so langen Zeitraum sicher die Ampelphasen hätten verändert werden können.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* ergänzt. Bei derartigen Maßnahmen wird die Stadt nur angehört. Hier hat sie kein Entscheidungsrecht. Regelmäßig wird natürlich darauf verwiesen, dass die Beeinträchtigung für die Betroffenen so gering wie möglich gehalten werden muss. Länge der Bauphase, damit verbundene Sperrgenehmigungen und eventuelle Verlängerungen liegen in eigener Zuständigkeit des Landkreises.

### **Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* hat gehört, dass es im Moment Schwierigkeiten mit der rechtzeitigen Lieferung von Bitumen gibt, da zur Zeit viele solcher Baumaßnahmen laufen. Möglicherweise hängt das alles damit zusammen.

### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM-Fraktion**

*Herr Peche* kommt auf die Friedhofsituation zurück. Er hat vieles verstanden, was dazu ausgeführt wurde. Der Zustand hat sich bereits gebessert, ist aber noch lange nicht befriedigend. Nicht umsonst hat Herr Schneider 400 Unterschriften bekommen. Im Moment sind vielleicht die Hauptwege in Ordnung. Man sollte aber bedenken, dass in Gegenwart und in Zukunft ein anderer Zustand auf dem Friedhof zu erwarten ist. Es muss vor allem in Hinsicht auf die Gräber, deren Liegezeit längst überschritten ist, etwas passieren. Mitunter sind schon richtig große Bäume darauf gewachsen. Das ist nicht gut für das Erscheinungsbild. Wenn im Rat noch einmal über die Kalkulation gesprochen wird, sollten sich Verwaltung und Stadträte noch einmal Gedanken über die Vergabeleistungen machen. In Folge von Begehungen müssen konkrete Hinweise kommen, was entfernt werden kann, vor allem nach Unwetter.

### **Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* gibt zu, dass es nach dem Unwetter zu lange gedauert hat, die Schäden zu beseitigen. Das Großgrün bereitet zur Zeit große Sorgen. In den nächsten Jahren wird es hier finanzielle Belastungen geben. Er weist auf die sogenannte Hauptachse (Allee) hin. Es ist notwendig, einzelne Bäume abzuholzen und nachzupflanzen, damit bei Sturm nicht gleich alle

umstürzen. Auch der Verschnitt der Bäume ist problematisch. Das korrespondiert natürlich mit den Gebühren. Die ungepflegten Grabstätten prägen seines Erachtens auch den großen Teil des Friedhofsbildes. Diesbezüglich werden sicher eine Reihe Ersatzvornahmen getätigt werden müssen, wohlwissend, dass die Stadt eventuell auf den Kosten sitzenbleibt. Der Heckenschnitt ist Teil der Vergabe. Von den Koniferen geht auch auf Dauer eine Gefahr aus. An dieser Stelle wäre eine Friedhofsplanung angebracht, die langfristig, auf ca. 50 Jahre, ausgerichtet ist. Dafür gibt es professionelle Friedhofsplaner. Im gestrigen Hauptausschuss wurde darüber diskutiert, wie man über Gebühren die Bestattungsformen steuern kann. Durch die Vergabe bekommt man den Pflegegleichklang besser hin. Der finanzielle Aspekt ist ein wichtiger, aber nicht der alleinige Grund.

16:45 Uhr

Herr Schwarz kommt = 34

## **6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **6.2 8. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019 der Stadt Sangerhausen**

*Zur Vorlage wurde heute eine Austauschseite, das überarbeitete Konzept und das Anhörungsschreiben, hinsichtlich der beabsichtigten Ersatzvornahme, verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 13.11.2015 zugeschickt.*

Begründung: Herr Schuster

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

#### **Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.



## **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

**5 Ortschaftsräte stimmten zu.** (Breitenbach, Großleinungen, Grillenberg, Lengefeld, Rotha)  
Der **OR Riestedt stimmte unter der Maßgabe zu**, die Einzelkonzepte außen vor zu lassen.  
**3 Ortschaftsräte lehnten ab.** (Obersdorf, Oberröblingen, Horla)  
**In 5 Ortschaftsräten gab es keine Abstimmung.** (Gonna, Morungen, Wettelrode, Wippra, Wolfsberg)

*Herr Kotzur* macht darauf aufmerksam, dass im Zuge der jahrelangen Konsolidierung Erfolge erzielt wurden. Es wird aber immer deutlicher, dass zunehmend Grenzen erreicht werden. Das betrifft vor allem den sozialen Bereich, wie Kita, Sport, Friedhof usw.. Er informiert über ein Interview mit dem neuen Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes, Herrn Trümper, der folgendes zum Ausdruck bringt. Seit die Verantwortung für die Kommunalfinanzen vom Innenministerium an das Finanzministerium übergegangen ist, wird eine Kommunalfinanzierung zu Lasten der Kommunen praktiziert, um den Landeshaushalt zu sanieren. Es ist wünschenswert, dass sich diese Meinung im gesamten Bund durchsetzt und dass es von den kommunalen Spitzenverbänden künftig mehr Widerstand gegen diese Finanzpolitik, die der kommunalen Ebene nicht förderlich ist, geben wird. Es muss eine vernünftige kommunale Finanzausstattung stattfinden, damit kommunale Selbstverwaltung und somit auch Demokratie möglich ist. Mit dieser Kommunalfinanzierung im Land läuft man Gefahr, dass demokratische Grundregeln aufs Spiel gesetzt werden. Er stimmt dem Weg zu, betont aber, dass dieser sehr schwer werden wird.

*Herr Peche* ist sicher, dass intensiv daran gearbeitet wurde, um der Kommunalaufsicht zu zeigen, dass die Stadt konsolidieren will. Das wird bereits seit der Jahrhundertwende regelmäßig praktiziert. Unzählige Stunden haben die Räte damit verbracht, nach Maßnahmen zum Sparen, bis hin zum Streichen, zu suchen. Es wurden Schulen geschlossen und Beschlüsse über andere Maßnahmen gefasst, die wirklich weh taten. Es sollte endlich aufgehört werden, Papier vollzuschreiben, wie bis zum Jahr 1990 (Fünfjahrespläne). Für hochqualifizierte und motivierte Mitarbeiter ist das hier nur Beschäftigungstherapie. Die Wahrheit ist doch folgende. Von der Jahrhundertwende an, bis jetzt, ist die Verschuldung der Stadt von 0 auf fast 40 Mio. € gestiegen. Es existiert ein Schattenhaushalt, der wahrscheinlich im Jahr 2016 auch noch auf 40 Mio. € klettern wird. Schon bei 20 Mio. € gab es einen Aufschrei. Der Verwaltung kann kein Vorwurf gemacht werden. Es ist einfach so, dass die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausgestattet werden, um ihrer Daseinsvorsorge nachzukommen. Es ist den Bürgern nicht länger zuzumuten, dass weiterhin Gebühren, Beiträge und Steuern erhöht werden. Es ist schon so weit, dass an die Senkung der Personalkosten (Kürzungen, Entlassungen) gedacht wird. Das ist traurig. Es sollte geschlossen ein Signal gesetzt werden, dass die Stadt das nicht mehr mitmacht. Er gibt Herrn Kotzur Recht, kann aber nicht verstehen, dass dieser dem Konsolidierungskonzept zustimmen will.

*Herr Kotzur* betont, dass er dem vorliegenden Vorschlag zustimmt.

*Herr Peche* äußert, dass der Vorschlag das Papier nicht wert ist, auf dem er geschrieben steht. Er ist nicht erfüllbar. Deshalb kann man nicht zustimmen.

*Herr Koch* erinnert an das Grundgesetz, das den Kommunen gewisse Rechte einräumt. Im Artikel 28 Absatz 2 steht geschrieben, dass den Kommunen das Recht gewährleistet wird, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, im Rahmen der Gesetze, in eigener Verantwortung zu regeln. Dazu zählen auch die Finanzen. Die Verwaltung ist geneigt, den Forderungen der Kommunalaufsicht entgegenzukommen, teilweise schon mit vorauseilendem Gehorsam. Letzten Endes werden Vorlagen erarbeitet, die gewisse Zielstellungen beinhalten (Konsolidierungsmasse). Das soll der Maßstab sein. Der Rat sperrt sich aber dagegen und

kann das nicht verantworten (Erhöhung der Elternbeiträge Kita, Friedhofsgebühren usw.). Nun kommt der Kompromiss mit der Ergänzung des Beschlusstextes. Damit werden die Probleme zeitlich nur vor uns hergeschoben. Ihn verärgert besonders, dass die Kommunalaufsicht bei einer solchen komplexen Angelegenheit ein Schreiben herauschickt, datiert mit dem 21.10. und setzt bis zum 30.10. eine Frist zur Anhörung. Somit wird von vornherein provoziert, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, mit dem Rat ins Benehmen zu kommen. Seines Erachtens ist das ein Übergehen demokratisch gewählter Gremien. Das ist nicht hinzunehmen und sollte im Kreistag thematisiert werden. Er möchte als Kreistagsmitglied von der Kämmerin die Auskunft darüber, wie sich die Kreisumlage entwickeln müsste, wenn der Landkreis die Ausgaben herausrechnet, die auf Grund von Fehlentscheidungen des Kreistages entstanden sind (z.B. Mifa-Grundstück). Eine andere Frage ist die Mehrbelastung des Kreishaushaltes durch die Nichtabdeckung der Kosten für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Man sollte wissen, wie die Kreisumlage zustande kommt und ob sie in dieser Höhe gerechtfertigt ist. Das kann auch gerichtlich, im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens erstritten werden. Er unterstützt die Ergänzung, weil dadurch Zeit und die Möglichkeit gewonnen werden, selbst zu entscheiden, was im Rahmen der Einzelkonzepte noch an Konsolidierungsmasse erreichbar ist.

*Herr Schuster* erklärt, dass sich die Stadt seit 2001 in der Haushaltskonsolidierung befindet. Die Verwaltung hat permanent mit dem Rat das Gespräch gesucht und gemeinsam wurden Konsolidierungsschwerpunkte gesetzt. In den ersten Jahren gab es auch Erfolge. Er erinnert daran, dass kurz nach der Kreisgebietsreform die Kreisumlage von 6 auf 10 Mio. € sprunghaft angestiegen ist. Das war natürlich in den langfristigen Konsolidierungskonzepten nicht so geplant. Gleich verhält es sich mit der Entwicklung der Reduzierung der Schlüsselzuweisungen. Nach Gesetz ist die Verwaltung aber auch in der Pflicht, immer wieder ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen, solange kein ausgeglichener Haushalt vorliegt. In der jetzigen dramatischen Haushaltslage der Stadt, hat die Kommunalaufsicht selbstverständlich das Recht, Anordnungen zu treffen. Dabei orientieren sie sich an dem vom Land entworfenen Benchmarkprozess/ Haushaltskennzahlensystem.

*Herr Windolph* erinnert daran, dass die Stadt einer Auflage der Kommunalaufsicht bis Ende des Jahres nachkommen soll. Danach muss man sich erneut mit der Konsolidierung befassen (9. Fortschreibung). Im Moment sollte Schaden von der Stadt abgewendet werden. Er appelliert an die Stadträte, der 8. Fortschreibung zuzustimmen und an der 9. Fortschreibung aktiv mitzuwirken. Nur so, wird Veränderung geschaffen.

*Herr Oster* schließt sich den Worten von Herrn Kotzur an. Das sollte aber auf dieser Ebene nicht diskutiert werden. Er kann auch Herrn Peche verstehen, der sagt, dass man sich das nicht gefallen lassen darf. Eine Entscheidungsgrundlage liegt vor und es gilt zu verhindern, dass die Zwangsverwaltung eintritt. Dafür ist dieser Beschluss notwendig. Er fragt Herrn Schuster nach dem Einzelkonzept Bauhof. Im Konsolidierungskonzept steht geschrieben, dass hierzu noch kein Konsolidierungsbeitrag vorliegt. Explizit wurde aber auf den Bauhof hingewiesen. Ist ausreichend, was im Konzept steht? Von Herrn Poschmann möchte er wissen, was passiert, wenn das nicht genügt. Er hat im Moment kein Vertrauen, insbesondere nach der Haushaltsberatung am vergangenen Samstag. Im gestrigen Hauptausschuss äußerte er sich dazu ausführlich.

*Herr Schuster* erklärt, dass die Verwaltung der Kommunalaufsicht den vorgeschlagenen Weg (Vorlage) im Rahmen der Anhörung zur Kenntnis gegeben hat. Dabei wurde darauf verwiesen, dass der Anarbeitungsstand dem entspricht, was die 8. Fortschreibung beinhaltet und dass die Stadt an einer Organisationsuntersuchung "Bauhöfe KGST" (für die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) beteiligt ist. Erkenntnisse, die dort aus dem Benchmarkvergleich erstellt werden, sollen in ein künftiges Bauhofkonzept einfließen. Er erinnert noch einmal an das Ziel, die drohende Ersatzvornahme abzuwenden.

*Herr Koch* ergänzt und kommt auf das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 21.04.2015 zurück (Genehmigung der Haushaltssatzung 2015). Es wurde von einer Beanstandung abgesehen, unter der Voraussetzung, dass für bestimmte Bereiche Einzelkonzepte erarbeitet

werden. Das war eine Anordnung. Im Schreiben vom 21.10. geht es darum, dass die Stadt dieser Anordnung nicht nachgekommen ist. Also wird mit Ersatzvornahme gedroht. Er gibt zu bedenken, dass die Kommunalaufsicht keine bestimmten Beträge angeordnet hat, sondern sie hat nur angeordnet, Einzelkonzepte zu erstellen. Dass bestimmte Beträge festgelegt wurden, hat der Leiter der Kommunalaufsicht vehement zurückgewiesen. D.h., der Anordnung der Kommunalaufsicht wird mit der Aufstellung der Einzelkonzepte nachgekommen. Welche Beträge diese beinhalten, ist Sache der Stadt. Der Landkreis kann dann keine Ersatzvornahme durchsetzen.

*Herr Poschmann* informiert, dass die Anfänge im Jahr 2000 zu finden sind. Damals erhielt die Stadt nur die Hälfte der allgemeinen Zuweisungen. Die Situation besserte sich nicht. Ursache kann die Übertragung der Verantwortung an das Finanzministerium sein. Hier muss die Schuldenbremse (staatliche Ebene) eingehalten werden. Als Leiter der Verwaltung ist er gezwungen, sich an die Gesetze zu halten. Dazu gehört, dass der Haushaltsausgleich herbeizuführen ist. Dass es ein so langfristiges strukturelles Defizit geben wird, hat damals noch keiner geahnt.

*Herr Hüttel* stellt fest, dass sowohl der Oberbürgermeister, als auch Herr Peche Recht haben. Er hofft, dass heute das letzte Kapitel des "Märchenbuches" geschrieben wurde. In der 9. Fortschreibung und im Haushalt muss berücksichtigt werden, dass es so nicht mehr geht. Es sollte konkret aufgenommen werden, was tatsächlich und auch das, was nicht zu konsolidieren ist. Der Vorschlag der Verwaltung ist zu überdenken, dass mit dem Beschluss sozusagen Zeit gewonnen wird, um in den nächsten 2 bis 3 Monaten eine umfassende Überprüfung vorzunehmen. Man sollte sich vergegenwärtigen, was seit 2001 diesbezüglich alles schon gemacht wurde und ehrlich an die oberen Behörden (Landkreis, Landesverwaltungsamt) herantreten und sagen, dass es nur so und nicht weiter geht.

*Herr Oster* stellt den Antrag, dass die Ausführungen von Herrn Schuster zum Bauhof, in das Konzept aufgenommen werden. Er äußert Bedenken in Bezug auf die Ersatzvornahme.

*Herr Schuster* erklärt, dass zum Bauhof geschrieben steht, dass das Einzelkonzept in einer der nächsten Ratssitzungen beraten wird (S. 7). Es wird kein Termin genannt. Auch deshalb wurde in den Beschlusstext aufgenommen, dass die Ergebnisse künftig beschlossener Einzelkonzepte Bestandteil der 9. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019 zum Haushalt 2016 sein werden. Seines Erachtens ist das ausreichend.

*Herr Skrypek* fragt, ob Herr Oster seinen Antrag aufrechterhalten will. Wenn die Aussagen so protokolliert werden, ist das gleichzeitig ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung. Bei Beratung der Einzelkonzepte wird dann erwartet, dass die gewünschte Aussage im Einzelkonzept Bauhof verankert ist.

*Herr Oster* zieht seinen Antrag zurück.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte 8. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2010 bis 2019. Die Ergebnisse künftig beschlossener Einzelkonzepte werden Bestandteil der 9. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2019 zum Haushalt 2016 sein.*

## **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 27  
Nein-Stimmen = 4  
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-14/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **17:30 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

### **Anfrage des Bürgers Herrn Hans-Christoph Schneider, Sangerhausen, Hüttenstraße 24**

*Herr Schneider* hat einige Anfragen zum Thema Friedhof. Herr Poschmann hatte die Unterschriftensammlung erwähnt und dass die neu organisierte Entsorgung von den Bürgern angenommen wird. Er selbst ist vor Ort zu der Erkenntnis gelangt, dass dem nicht so ist. Die neue Entsorgungsform wird nicht angenommen, weil die alten Flächen an den Nebenbeeten weiterhin für die Entsorgung von Grabmaterial benutzt werden. Durch Herrn Michael wurde ihm bei der Veranstaltung am 21.10.2015 mitgeteilt, dass die Firma kleinere Container aufstellen wollte. Dazu möchte er gern eine Antwort. Der Oberbürgermeister hatte an dem Tag der Begehung erwähnt, dass ihm der Friedhof Sangerhausen drei Nummern zu groß ist. Er fragt, ob ein Konzept vorliegt, den Friedhof entsprechend zu verkleinern.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael**

*Herr Michael* erklärt, dass die Container das erste Jahr in Gebrauch sind. Ganz am Anfang gab es andere. Es hat bereits einen Austausch gegeben. An verschiedenen Stellen muss mit der Größe variiert werden. Gemäß den Vorgaben der Stadt, in Bezug auf die Inanspruchnahme, erhielt die Entsorgungsfirma den Auftrag, die Container und Deckel auszutauschen. Der gesamte Austausch konnte aus dem Grund nicht sofort erfolgen, da die Firma die entsprechende Menge der gewünschten Größen erst bestellen musste.

### **Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* hatte in seinem Bericht schon angesprochen, dass eine Konzeption erarbeitet werden muss. Langfristig ist festzulegen, welche Grabfelder nicht mehr belegt werden sollten. Dabei ist von außen nach innen zu verdichten. Das ist eine Planungsaufgabe, der sich die Stadt in den nächsten Jahren stellen muss. Er geht kurz auf das Schreiben von Herrn Schneider ein, in dem er den Oberbürgermeister persönlich angreift. Darauf wird es keine schriftliche Antwort geben.

### **Anfragen des Bürgers Herrn Peter Dietrich, Sangerhausen, Straße des Aufbaus 4**

*Herr P. Dietrich* spricht im Namen der Gartenfreunde der Vorstände "Erholung", "Glück Auf" und vom Sackteich. Es stehen über 250 Gärten leer. Jetzt schon ist abzusehen, dass noch mehr Gartenfreunde ihre Gärten abgeben, nur weil keiner weiß, wem die Straße vom Sackteich bis "Erholung" gehört. Die Straße befindet sich in einem so schlechten Zustand, dass kein Auto mehr hinter fahren kann. Es ist nicht geklärt, wem diese Straße gehört.

### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* informiert, dass die alte Straße am Sackteich (an der Gartenanlage) definitiv der Stadt gehört. Dort wurde vor einigen Jahren Bitumen aufgebracht. Der schlechte Zustand der Straße ist nicht Folge ungeklärter Eigentumsverhältnisse, sondern dem Umstand

geschuldet, dass die Finanzen für die Sanierung der Straßen nicht ausreichen. Das muss an dieser Stelle so deutlich gesagt werden.

## **17:35 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

### **6.3 1. Lesung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 der Stadt Sangerhausen**

Begründung: Herr Schuster

*Herr Hüttel* muss nach den Ausführungen von Herrn Schuster feststellen, dass dieser die Diskussion um die 8. Fortschreibung und die Bemerkungen zum "Märchenbuch" schon vergessen hat. In diesem Jahr wurde der Kassenkredit von 26,5 Mio. € nur durch Entnahmen und durch eine verfrühte Zahlung des Landkreises für das Rosarium, nicht überschritten. Wenn man jetzt sieht, dass im § 4 der Haushaltssatzung nach wie vor 26,5 Mio. € stehen, kann man nur von einem "Märchenbuch" sprechen. Gemäß 7. Fortschreibung, wäre der Kassenkredit bereits auf 30,4 Mio. € gestiegen. Das hätte doch in der Planung berücksichtigt werden müssen. Jetzt müsste sogar schon auf 33,9 Mio. € gegangen werden. Ihm ist nicht klar, wie in Folge der Haushaltsberatungen hier 7,5 Mio. € effektiv einzusparen sind. Das ist unmöglich. Der Haushalt selbst, sieht fast keine Investitionen vor. Nur noch die, die teilweise extrem durch Fördermittel gedeckt werden. Es kann nichts mehr gemacht werden, weil die Stadt 1,6 Mio. € in die Tilgung stecken muss. Das wird so nicht mehr funktionieren. Die 7,5 Mio. € machen 20 Prozent des Haushaltes aus. Dazu sollte man noch bedenken, dass der Haushalt zu 50 Prozent ein Personalhaushalt ist. Wir müssen uns der Wahrheit stellen und definitiv gleich in der 2. Lesung den § 4 ändern. In diesem Haushalt ist nichts mehr einzusparen.

*Herr Schuster* gibt Herrn Hüttel in der Hinsicht Recht, dass er auf die 26,5 Mio. € verweist. In den Ausschusssitzungen hatte er aber gesagt, dass momentan diese Position nicht angefasst wurde, weil es sich hier um die Auflage der Kommunalaufsicht handelt. Ihm ist selbstverständlich klar, dass im Ergebnis der 2. Lesung, hier eine Änderung erfolgen muss. In Bezug auf Konsolidierungsansätze bewegt sich die Stadt in den Möglichkeiten, die Benchmarkprozesse und Vergleiche mit Nachbargemeinden beschreiben. Sie wären regelmäßig machbar, stehen aber unter dem Vorbehalt des Rates. Von vornherein von einem "Märchenbuch" zu sprechen, hält er für ausgesprochen unklug.

*Herr Hüttel* ist der Auffassung, dass die Stadt die Latte zu hoch legt und man sich wundert, dass keiner drüber springt. Es sollte endlich zu den Tatsachen zurückgekommen werden.

*Frau Rauhut* stellt fest, dass die Stadt es nie schaffen wird, den Haushalt auszugleichen. Es steht aber auch fest, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird, kann die Stadt auch keine Handlungen mehr selbst vornehmen. Sie fragt sich, wie es Herr Schäuble geschafft hat, eine "Schwarze Null" zu schreiben, gerade jetzt, wo die Ausgaben auf Grund steigender Flüchtlingszahlen enorm angestiegen sind. Das Geld wird auch nur von "Unten" genommen. Alles das, was die Kommunen weniger bekommen haben, ist in den Bundeshaushalt geflossen. Es muss jetzt eine andere Richtung eingeschlagen werden. Das Land wird nicht ausreichend helfen können.

### **6.4 Resolution "Atomwaffen in Büchel nicht modernisieren, sondern abschaffen!"**

*Herr Poschmann* begründet die Beschlussvorlage und bittet um Unterstützung. Im Punkt 3 des Beschlusstextes geht es um einen freiwilligen Mitgliedsbeitrag. Er selbst und Herr Koch wollen sich den Beitrag von jeweils 50 Euro teilen. In nächster Zeit wird ein Schreiben an die Stadträte versandt, mit IBAN und Verwendungszweck. Mit der zusätzlich gespendeten Summe wird der Mitgliedsbeitrag aufgestockt.

## **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt:*

- 01. Die als Anlage 1 beigefügte Resolution „Atomwaffen in Büchel nicht modernisieren, sondern abschaffen!“.*
- 02. Den Oberbürgermeister und die Verwaltung bei den Aktivitäten "Flaggentag" der Bürgermeister am 8. Juli und die Hiroshima- und Nagasaki-Tage (6. und 9. August) 2016 zu unterstützen, welche wie in vielen anderen Städten und Gemeinden auch in Sangerhausen Anlass wieder sein werden, um in Veranstaltungen und bei Aktionen die Forderung nach vollständiger atomarer Abrüstung zu erneuern.*
- 03. Der für 2016 erstmalig vorgesehene freiwillige Mitgliedsbeitrag von 100 Euro pro Jahr für die Organisation "Mayors for Peace" soll durch Spenden aus den Reihen der Mitglieder des Stadtrates aufgebracht werden.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	33
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-14/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **6.5 Betrauungsakt für die Standortmarketinggesellschaft Mansfeld-Südharz GmbH**

*Herr Poschmann* begründet die Beschlussvorlage und schlägt eine Korrektur vor. Ursprünglich sollte der Vertrag für 10 Jahre abgeschlossen werden. Er hält einen Zeitraum von 5 Jahren für angemessen. Herr Oster hatte, in Hinsicht auf die Dauer der Legislaturperiode, 3 Jahre vorgeschlagen. Die Aufgaben der Standortmarketinggesellschaft müssen öfter in den Gremien behandelt werden, damit das Verständnis dafür wächst. Er hatte nicht ausgeschlossen, dass die Stadt über die Gesellschafterversammlung oder über einen Sitz im Aufsichtsrat, mehr Einfluss auf das Agieren der Gesellschaft nehmen will. Der Beschluss über den Betrauungsakt sollte gefasst und der Geschäftsführer zur regelmäßigen Berichterstattung aufgefordert werden. Herr Lange ist zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus eingeladen.

## **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

## **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

*Herr Hüttel* begründet, dass in der Sitzung bereits der Vorschlag kam, die Vertragsdauer auf 5 Jahre zu begrenzen. Dem Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage (Vertragsdauer: 5 Jahre) mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

## **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Da der Ausschuss noch erheblichen Informationsbedarf in Hinsicht auf die Finanzierung und die Umsetzung der Aufgaben hat, stellt er den Antrag auf 1. Lesung. Diesem Antrag wurde in der Ausschusssitzung mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich zugestimmt.

## **Abstimmung über den Antrag auf 1. Lesung (Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus)**

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	9
Stimmenenthaltungen	=	6

Damit ist der Antrag auf 1. Lesung mehrheitlich angenommen.

*Frau Liesong* hört heute zum ersten Mal vom Vorschlag des Herrn Oster, die Vertragsdauer auf 3 Jahre festzulegen. Sie findet den Gedanken gut, dass der Rat in dieser Legislatur noch einmal die Möglichkeit hat, darüber zu beraten und dass dem nächsten Rat diese Bürde nicht übertragen wird. Sie hatte bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus gefragt, ob sie es richtig sieht, dass die Stadt mit der Standortmarketinggesellschaft eigentlich die Wirtschaftsförderung des Kreises und gleichzeitig die Kreisumlage bezahlt. Sie erhielt dort leider keine befriedigende Antwort. Im Finanzausschuss soll Herr Lange folgendermaßen geantwortet haben. "Wir in der Stadt hätten Frau Franke und Eisleben hätte keinen".

*Herr Poschmann* bestätigt, dass Herr Lange diesen Satz gesprochen hat, der aber missverstanden wurde. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises, wurde er aber nicht gesagt. Es ging um die Situation in Eisleben. Der Landkreis hat Aufgaben aus der eigenen Verwaltung auf die Standortmarketinggesellschaft übertragen. Zusätzlich hat er auch dafür das Geld zur Verfügung gestellt. Es ist so, dass alles, was der Landkreis aus seinem Budget zur Verfügung stellt, mehr oder weniger in die Berechnung der Kreisumlage eingeht. Die Stadt Sangerhausen hat damals entschieden, die Wirtschaftsförderung in der Verwaltung zu halten. Das ist nach wie vor der richtige Weg und davon sollte nicht abgegangen werden. Der Landkreis selbst, hat die Aufgabe outgesourct. Seines Erachtens ist das falsch. Das muss im Kreistag geklärt werden. Die Situation um Eisleben, möchte er nicht weiter kommentieren. Im Moment ist nicht zu erkennen, dass die SMG lokale Interessen bevorzugt. Es geht einfach darum, die Initiative für den Landkreis zu bündeln.

*Frau Liesong* stellt fest, dass Herr Poschmann soeben bestätigt hat, dass die Stadt zweimal zahlt und der "lachende Dritte" jemand anderes ist.

*Herr Poschmann* möchte hier keine politische Wertung vornehmen. Es geht um eine strategische Ausrichtung. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus sollte sich mit dem Thema genauer beschäftigt werden. Es gilt, die Finanzströme aufzuzeigen.

*Herr Koch* erinnert daran, dass die meisten Landratsbewerber der letzten 20 Jahre auf dem Programm hatten, die Wirtschaftsförderung des Landkreises mit den Kommunen zusammenzuführen, um sie letztendlich zu stärken. Somit steckt ein ganz anderes Potenzial dahinter. Es gibt zwei Gründe für das Outsourcing. Das ist einerseits die Stellenreduzierung im eigenen Verwaltungshaushalt und andererseits können z.B. für den Geschäftsführer andere Vergütungen gezahlt werden, die im öffentlichen Bereich nicht möglich sind. Er selbst ist auch unzufrieden mit der Arbeit der Standortmarketinggesellschaft in den letzten Monaten, vor allem im Zusammenhang mit dem Agieren beim Mifa-Standort. Er fragt Herrn Poschmann, von wem er erfahren hat, dass die SMG auch an Eisleben interessiert ist. Herr Koch hat andere Erwartungen in Bezug auf die Arbeit einer Gesellschafterversammlung und eines Aufsichtsrates. Nach einem Gespräch mit Herrn Lange, hatte er den Eindruck, dass nicht wirklich durch den Landkreis eine strategische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung erfolgt. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn dieses Gremium gesagt hätte, dass zuerst ein Standort in Sangerhausen zu suchen ist und dann erst für Eisleben. Beides ist aber gleichrangig erfolgt. Trotz allem sollte man sich die Frage stellen, wie die Stadt Sangerhausen auf die Ausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landkreises Einfluss nehmen will, wenn sie kein Mitglied ist. Die Kreisumlage ist ein allgemeines Deckungsmittel. Es geht hier nicht um eine Doppel- sondern um eine zielgerichtete Finanzierung.

*Herr Poschmann* kann nicht genau sagen, wie und von wem er erfahren hat, dass die SMG auch an Eisleben interessiert ist. Es muss auf dem dienstlichen Weg gewesen sein. Er betont, dass es ein faires Miteinander gibt. Zur Kreisumlage hat er eine andere Meinung. Zwischenzeitlich gibt es eine Rechtsprechung. Eine Überprüfung ist eine Sache, die man angehen kann. Es müsste ein Riesen-Aufwand (Analyse) betrieben werden.

*Herr Oster* ergänzt. Sein erster Antrag im gestrigen Hauptausschuss war, aus der Standortmarketinggesellschaft auszuschneiden. Im Notfall aber, soll der Vertrag nur für 3 Jahre abgeschlossen werden. Er sagte, dass er sich Gedanken darüber macht, diesen Antrag zu stellen. Im Artikel der heutigen Ausgabe der Mitteldeutschen Zeitung, spricht Herr Lange nur davon, die Mifa im Landkreis zu behalten und das Ganze dreimal. Landkreis ist nicht Sangerhausen, sondern Mansfeld-Südharz. Er nennt 2 Beispiele, bei denen "Herr Lange nicht unterstützt hat". Es ging um 100 Arbeits- und 40 Ausbildungsplätze sowie ein Investitionsvolumen von 8 bis 12 Mio. €. Termine wurden nicht einmal wahrgenommen. Für ihn ist Herr Lange kein Wirtschaftsförderer, sondern ein Wirtschaftsverhinderer. Er geht auf persönliche Dinge (Wohnsitz) und auf Auseinandersetzungen im Kreistag (Stadt Stolberg) ein. Herr Poschmann hat selbst gesagt, dass das Konstrukt damals bedenkenswert war. Wenn man erkennt, dass etwas falsch ist, muss man die Reißleine ziehen. Das macht jeder, der in der Wirtschaft tätig ist. In Folge vieler Gespräche mit Herrn Lange kam er zu der Erkenntnis, dass weder eine konstruktive Zusammenarbeit, noch Kritik möglich ist. Herr Oster möchte einen Tätigkeitsnachweis darüber, mit welchen Firmen er wann, wo, welche Gespräche, mit welchem Ergebnis geführt hat, um Wirtschaft hierher zu holen. Im Interview mit der MZ sagte Herr Lange, dass er keine Flächen zur Verfügung hat. Wenn er keine Flächen hat, dann braucht man ihn und die Standortmarketinggesellschaft auch nicht. Dann kann er keine Wirtschaft herholen. Was soll er dann vermarkten?

*Herr Poschmann* will nicht auf alles eingehen. Er weist aber darauf hin, dass es sich nicht gehört, den Geschäftsführer einer Gesellschaft persönlich (Wohnsitz) hier anzugreifen. In der künftigen Diskussion sollte das unterlassen werden, um die Sachlichkeit zu wahren. Interkommunale Zusammenarbeit muss erprobt werden. Seines Erachtens sind 3 Jahre zu kurz, um das zu erproben. Man muss einer Gesellschaft die Chance geben, messbare Ergebnisse zu bringen. Nach anderthalb Jahren strukturierter Arbeit ist das noch nicht möglich. Es ist richtig, dass man es beenden sollte, wenn etwas nicht funktioniert. Das muss man aber auch beweisen können.

*Herr Kotzur* warnt davor, das eine mit dem anderen zu vermischen. Hier geht es darum, einer Verpflichtung nachzukommen, die sich die Stadt selbst, mit dem Beitritt in die GmbH auferlegt hat. Die Vorlage ist eine Formalie. Dass es in dem Zusammenhang zu einer inhaltlichen Diskussion kam, ist den sehr oft genannten und zum Teil "gefühlten" Problemen geschuldet.



Ein großer Standort, lässt sich nur gemeinsam vermarkten. Ergebnisse des Marketing sind nicht in kurzer Zeit zu erreichen. Die Gründungsphase der Gesellschaft war schwierig. Der Gesellschaft ist eine Chance zu geben, um die gesamte Region zu entwickeln. Das betrifft natürlich auch die Stadt Sangerhausen. In einer GmbH gibt es eine Gesellschafterversammlung und einen Aufsichtsrat. Im Aufsichtsrat werden die Tätigkeitsberichte der Gesellschaft durch den Geschäftsführer vorgelegt, kontrolliert und verteidigt. "Wer hindert uns daran diese Berichte einzusehen?" Zumindest für die 3 großen Städte wäre es sinnvoll, wenn die Gesellschaft dort in den entsprechenden Ausschüssen regelmäßig auftritt und sich den Fragen stellt. Er kann nicht nachvollziehen, dass gestern im Hauptausschuss davon die Rede war, sich eventuell aus der Gesellschaft zurückzuziehen. Er bezieht sich auf den Oberbürgermeister und fragt, ob man von einer globalisierten Welt in die Kleinstaaterei zurück will und ob die Stadt das allein hinbekommt. Bezüglich der fehlenden Flächen, erinnert er an die Aussage von Herrn Schröder zum Industriepark. Damals sagte dieser, dass es in Sachsen-Anhalt so ist, dass erst, wenn Interessenten da sind, erschlossen wird. In Thüringen ist das genau anders herum. Deshalb kann man dort die Flächen anbieten. Das heißt, es muss sich auch auf Landesebene etwas bewegen und dazu können solche Gesellschaften mit ihrem Wirken beitragen.

#### **Pause von 18:30 Uhr bis 18:50 Uhr**

18:40 Uhr  
Herr Prause und  
Herr Jung gehen = 32

#### **6.6 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen nach Widerspruch des Oberbürgermeisters**

*Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.*

#### **6.7 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 (1) KVG LSA in Höhe von 86.000,00 € für den städtebaulichen Denkmalschutz (Produkt 51100100, Sachkonto 09110000) )**

Begründung: Herr Schweiger

#### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat stimmt der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 86.000,00 € für den städtebaulichen Denkmalschutz zu (Produkt 51100100 - Räumliche Planungs- und*

*Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 09110000 - Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen, Maßnahmennummer 51101M00002 - Städtebaulicher Denkmalschutz).*

*Die Deckung erfolgt in Höhe von 68.800,00 € aus Mehreinzahlungen aus Fördermitteln (Produkt 51100100 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 23110000 - Sonderposten aus Zuwendungen, Maßnahmennummer 511001M00002) und in Höhe von 17.200,00 € aus dem Produkt 11131100 - Bauhof, Sachkonto 07110000, Maßnahmennummer 111311M00004 - Erwerb Fahrzeuge.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	31
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-14/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

### **6.8 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 350.000,00 € für den Erwerb von Grundstücken zur Erweiterung des Gewerbegebietes "An der Wasserschluff"**

*Herr Schweiger* begründet die Beschlussvorlage und bittet um eine Korrektur. Im Beschlusstext ist die Korrektur bereits erfolgt, leider aber nicht im Beschlussgegenstand. Dort stehen noch die ursprünglichen 130.000,00 € geschrieben. Der Betrag ist auf 350.000,00 € zu ändern.

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

*Herr Hüttel* fragt an, ob es möglich ist, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung über die Refinanzierung zu reden.

*Herr Schweiger* bejaht.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat stimmt der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 350.000,00 € für die Erweiterung des Gewerbegebietes "An der Wasserschluff" / B-Plan 36 zu (Produkt 51100100 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 15520000 - Grundstücke in Entwicklung, Maßnahmennummer 511001M00006 - Erweiterung des Gewerbegebietes "An der Wasserschluff").*

Die Deckung erfolgt aus außerplanmäßigen Einzahlungen in Höhe von

- 130.000,00 € aus dem Produkt 11170100 - Infrastrukturelles und technisches Immobilienmanagement, Sachkonto 17910000 - Sonstige Vermögensgegenstände, Maßnahmennummer 111701M00010 - Verkauf Schlossgasse 1-3 und Speisehalle Riestedt
- 
- 220.000,00 € aus dem Produkt 51100100 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Sachkonto 15520000 - Grundstücke in Entwicklung, Maßnahmennummer 511001M00006 - Erweiterung des Gewerbegebietes "An der Wasserschluff".

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 32  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-14/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

#### **6.9 Aufstellungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 38 "Sondergebiet Solarkraftwerk Tönlöcher am Brühl"**

Begründung: Herr Schweiger

#### **Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 38 "Sondergebiet Solarkraftwerk Tönlöcher am Brühl" der Stadt Sangerhausen. Sämtliche Kosten der Planung werden vom Investor übernommen.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 32  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-14/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

**6.10 Änderung des Beschlusses Nr. 3-10/15 vom 11.06.2015 "Genehmigung einer Mehrauszahlung gemäß § 104 des KVG LSA für die Errichtung einer Wasserfassung zur Vermeidung von Überflutungen in der OD Wolfsberg in Höhe von 45.815,00 €"**

Begründung: Herr Schweiger

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

*Herr Hüttel* fragt, wann die Maßnahme durchgeführt wird.

*Herr Schweiger* informiert, dass es nach Zustimmung des Rates, Ziel ist, die Maßnahme in diesem Jahr noch zu realisieren. Das ist natürlich auch wetterabhängig.

**Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

*Frau Liesong* hatte schon einmal darum gebeten, die Abkürzungen (OD) auszuschreiben.

*Herr Schweiger* erklärt, dass es sich hierbei um die "Ortsdurchfahrt" handelt.

**Beschlusstext:**

*Der Stadtrat stimmt der nachfolgenden Änderung des Beschlusses Nr. 3-10/15 vom 11.06.2015 zu:*

*Die Finanzierung der Mehrauszahlung für die Wasserfassung zur Vermeidung von Überflutungen in der OD Wolfsberg (Produkt 55210100 - Öffentliche Gewässer, wasserbauliche Anlagen, Sachkonto 09620000 - Anlagen im Bau: Tiefbaumaßnahmen, Maßnahmennummer 552101M00005) erfolgt nicht in Höhe von 20.000,00 € aus dem Produkt 21110100 - Grundschulen, Sachkonto 03210000 - Gebäude und Aufbauten auf bebauten Grundstücken, Maßnahmennummer 211101M00008 - Umzäunung Gelände Goetheschule.*

*Statt dessen werden aus dem Produkt 11131100 - Bauhof, Sachkonto 07110000 - Fahrzeuge, Maßnahmennummer 111311M00004 - Erwerb Fahrzeuge 20.000,00 € zur Verfügung gestellt.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-14/15** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**

### **7.1 Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2014**

*Herr Poschmann* erklärt, dass es vorgeschrieben ist, den Beteiligungsbericht in öffentlichen Sitzungen zu erörtern. Das geschieht im Zusammenhang mit der 1. Lesung des Haushaltsplanes. In 2 Ausschusssitzungen erfolgte bereits eine umfangreiche Erörterung. Er bittet darum, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

### **7.2 Konzept zur Jugendarbeit in der Stadt Sangerhausen - 1. Entwurf**

*Herr Poschmann* weist darauf hin, dass das Konzept nicht beschlossen werden muss. Wichtig ist die Diskussion und die daraus resultierende Fortschreibung. Das kann in Stadtrats- und Fachausschusssitzungen, aber auch in Klausurtagungen erfolgen. Man kann auch direkt mit dem Erarbeiter, Herrn Pittner, ins Gespräch kommen. Der Träger der Jugendhilfe (Landkreis), die Jugendklubs und die Vereine sind dabei natürlich einzubeziehen.

*Herr Peche* versteht das Ansinnen des Oberbürgermeisters. Er macht aber darauf aufmerksam, dass der Rat in seiner Sitzung im Januar, beschlossen hat, bis zum 30.06. dazu einen Beschluss zu fassen. Die Verwaltung hätte vor diesem Termin darüber informieren und das Einverständnis des Rates einholen müssen.

*Herr Poschmann* erklärt, dass der interne Prozess nicht schnell genug verlaufen ist. Er hätte im Januar gleich sagen sollen, dass es nicht gut ist, wenn ein Konzept so "in Stein gemeißelt wird". Es sollte flexibel gehandhabt werden. Wichtig ist, dass eine breite Diskussion darüber stattfindet. Daraus leiten sich unter Umständen einzelne Beschlüsse (Haushaltsansätze, Personalentscheidungen) ab.

*Herr Kotzur* versteht ebenfalls die Beweggründe des Oberbürgermeisters. Aber was hier als Entwurf vorgelegt wurde, hat nichts mit einem Konzept zu tun. Wenn man wohlwollend liest, handelt es sich hierbei um eine Situationsbeschreibung. Selbst diese ist noch lückenhaft. Das entspricht keineswegs der Beschlusslage in diesem Rat. Natürlich ist ein Konzept niemals in Stein gemeißelt. Ein Konzept ist immer zielorientiert und muss an veränderte Gegebenheiten angepasst werden. Der Entwurf ist bestenfalls eine Grundlage für die Diskussion mit den einzelnen Akteuren. In den Ortsteilen passiert wesentlich mehr, als das, was hier geschrieben steht. In erster Linie muss das Gespräch z.B. mit den Ortsbürgermeistern, den Ortschaftsräten und den Betroffenen, nämlich den Jugendlichen, gesucht werden. Auf 3 bis 4 Seiten, gesetzliche Grundlagen zu zitieren, auf denen Jugendarbeit basiert, reicht nicht aus. Er weist darauf hin, dass die Stelle des Jugendpflegers zu 75 Prozent aus dem Feststellenprogramm über die Jugendpauschale finanziert wird. Deshalb sollte auch für diese Tätigkeit die notwendige Zeit aufgebracht werden. Mit dem Entwurf liegt dem Rat nicht mehr als ein Einstieg in die Konzeptarbeit vor.

*Herr Poschmann* meldet, dass die Kritik angekommen ist.

*Frau Liesong* informiert, dass der 1. Entwurf des Konzeptes auch im Schul- und Sozialausschuss vorgestellt wurde. In der Zwischenzeit hat sie es durchgearbeitet und sich hier und dort erkundigt. Es sind inhaltliche Fehler enthalten. Z.B. wird ausgeführt, dass das TheOdoor eine konfessionell gebundene Einrichtung ist. Sie stellt klar, dass die Arbeit nicht konfessionell gebunden ist. Die Einrichtung hat lediglich einen konfessionellen Träger. Das ist ein erheblicher Unterschied. Die Gottesdienste an den Samstagen haben nichts mit der Jugendarbeit zu tun. Sie bittet um Korrektur.

*Herr Kemesies* weist auf einen Fehler auf Seite 14 hin. Dort steht geschrieben: "Der Jugendmigrationsdienst der Arbeiterwohlfahrt und der Kinderschutzbund haben ihre Tätigkeit in ihren Arbeitsfeldern eingestellt." Das ist falsch. Die Tätigkeit wird seit 25 Jahren ausgeübt und wurde nicht eingestellt. Er bittet um Korrektur.

*Herr Hüttel* hat die Ankündigung des Oberbürgermeisters freudig zur Kenntnis genommen, dass in diesem Zusammenhang auch über Haushaltsansätze zu sprechen ist. Es steht fest, dass das Konzept erst noch zu beraten ist und der Haushalt frühestens Anfang des Jahres 2016 beschlossen werden soll. D.h., es ist von Anfang des Jahres 2017 auszugehen, um mögliche Haushaltsansätze in den Haushalt einstellen zu können. Er fragt, ob die Verwaltung andere Vorstellungen hat, um entsprechende Ansätze schon in den Haushalt 2016 einzuarbeiten.

*Herr Poschmann* erklärt, dass alles in der Haushaltsberatung besprochen wird, solange es keine konkreten Ansätze gibt. Es handelt sich hier um die Erarbeitung eines Parallelkonzeptes. Aus diesem werden sich Schlussfolgerungen, entweder für Korrekturen im Haushalt oder für die folgenden Jahre, ableiten.

## **8. Beratungsgegenstand in nichtöffentlicher Sitzung**

### **8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz**

.

- **Informationen zum TOP 6.8**

.

## **9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*Herr Skrypek* stellt die Öffentlichkeit wieder her. Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

Um 20:30 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung  
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek  
Vorsitzender